

Einwände durch den Ausschuss noch möglich

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/13/2019

**über die öffentliche Sitzung des
Bau- und Planungsausschusses am 20.11.2019,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samus-Str. 9, Saal**

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 22:45 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Markus Kubczigk

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Uwe Gaumann
Herr Rolf Griesenberg
Frau Susanna Hansen
Frau Nadine Levenhagen
Herr Ali Haydar Mercan
Herr Bernd Röper
Herr Dr. Detlef Steuer
Herr Michael Stukenberg

bis 21:50 Uhr/TOP 9.1
i. V. f. Herrn Schrader
i. V. f. Herrn Knoll

i. V. f. Herrn Falke

Bürgerliche Mitglieder

Herr Gerhard Bartel
Herr Burkhard Bertram
Herr Stefan Gertz

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Peter Engel
Frau Doris Brandt

Seniorenbeirat

Sonstige, Gäste

Michael Großmann
Herr Olaf Drangusch

Büro SBI, zu TOP 6
Büro SBI, zu TOP 6

Verwaltung

Herr Peter Kania
Herr Stephan Schott
Frau Angela Haase

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Eckehard Knoll

Herr Erik Schrader

Bürgerliche Mitglieder

Herr Olaf Falke

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 5.1. Berichte gem. § 45 c GO
- k e i n e -
 - 5.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 5.2.1. Sitzungstermine 2020
 - 5.2.2. Bearbeitungsstand E-Ladestationen in Ahrensburg
6. Ergebnisse der Überprüfung von Maßnahmen zur Reduzierung des Durchgangverkehrs Brauner Hirsch/Dorfstraße (AN/006/2019) **2019/133**
7. B-Plan Nr. 104 Stormarnstraße - Aufstellungsbeschluss und Veränderungssperre **2019/149**
8. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts 2020/2021 **2019/142**
9. Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2020/2021 **2019/119**
 - 9.1. Antrag zum Thema Konzept tariffreier und umlagenfinanzierter Busverkehr Fraktion Die Linke (AN/066/2019) **AN/066/2019**
 - 9.2. Änderungsantrag zu AN/059/2019 Fraktion Die Linke (AN/064/2019) **AN/064/2019**
 - 9.3. Antrag zum Busverkehr im Stadtteil Wulfsdorf am Wochenende Fraktion Die Linke **AN/060/2019**
 - 9.4. Änderungsantrag zu AN/061/2019 Fraktion Die Linke (AN/063/2019) **AN/063/2019**

10. Anfragen, Anregungen, Hinweise

10.1. Projekt "Neubau Badlantic" ergänzend zu den Anfragen
AF/005/2019 und AF/013/2019

AF/2019/018

10.2. Sachstand Fahrradabstellanlage Ladestraße

10.3. Nachfrage zur Führung Radweg am Beimoorweg

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Kubczigk begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Besonders begrüßt er die Herren Großmann und Drangusch vom Büro SBI zu TOP 6 (Ergebnisse der Überprüfung von Maßnahmen zur Reduzierung des Durchgangverkehrs Brauner Hirsch/Dorfstraße).

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Bau- und Planungsausschusses ist gegeben. Die Einladung zur Sitzung erfolgte form- und fristgerecht.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Peter Elmers erklärt, dass das Planfeststellungsverfahren zum Neubau der S-Bahnlinie S4 für den Streckenabschnitt 2 Hamburg/Bad Oldesloe aus seiner Sicht „relativ unbefriedigend“ verlaufe, zusätzlicher Lärmschutz südlich Ahrensburg sei unwahrscheinlich. Er appelliert an die Stadt, sich mit dem Abschnitt 2 zu befassen und Planungen für eine eigene Trasse an der A1 weiterzuverfolgen. Es gebe große Zeitverzögerungen beim Bau der Fehmarn-Belt-Querung. Daher sei die Zeit zu nutzen.

Die Verwaltung erklärt, dass die Themen grundsätzlich nicht zusammenhängen. Mit den möglichen Auswirkungen der S4 und der Fehmarn-Belt-Querung habe sich intensiv der Umweltausschuss, so z. B. am 11.09. und zuletzt am 13.11.2019, befasst. Zuletzt wurde auch über die am 23.10.2019 beim Kreis durchgeführte Informationsveranstaltung berichtet. Hierbei wurde hervorgehoben, dass diversen Gemeinden, anders als der Stadt Ahrensburg, keinerlei Herrichtung oder Erstellung von Lärmschutzmaßnahmen im Zuge der Erweiterung des Güterverkehrs in Aussicht gestellt werden könne. Ahrensburg nehme durch den Bau der S4 eine Sonderstellung ein und habe Anspruch auf Lärmschutz. Zum Bau der S4 gäbe es einen politischen Beschluss, diese sei nicht zu verhindern. Daher werden durch die Stadt Ahrensburg keine Einwendungen eingelegt und kein Widerspruch erhoben.

Ein Ausschussmitglied erklärt, dass mit dem Bau der Fehmarn-Belt-Querung der Güterverkehr auf den Schienen zunehme und die Stadt Ahrensburg sich auf allen Ebenen dafür einsetzen solle, dass Verkehre auf andere Trassen verlagert werden.

Frau Susanne Winterfeldt stellt sich vor als 1. Vorsitzende der Bürgergemeinschaft Am Hagen, nachdem Frau Quast-Müller dieses Amt im Frühjahr 2019 niedergelegt habe. Ihre Fragen liegen als **Anlage 1** diesem Protokoll bei. Sie spricht den Umbau der Knopfampel Brauner Hirsch an, ferner den Kreisel am Dänenweg und die hohe Verkehrsfrequenz generell auf der Straße Brauner Hirsch.

Die Verwaltung erklärt, dass Lichtsignalanlagen grundsätzlich eine verkehrssichernde Funktion haben, keine geschwindigkeitsregulierende. Der Rückbau sei auf Anweisung der Polizei erfolgt, da auch bei Rot Fahrzeuge weitergefahren seien.

Zum Kreisverkehr Dänenweg führt die Verwaltung aus, dass dieser, wollte man den Anliegern entgegenkommen, umgebaut werden müsste. Die Verwaltung erklärt auch, einen Rückschnitt der Straßenrandbepflanzung zur Optimierung der Sichtbeziehungen zu prüfen. Ein Umbau erfolge jedoch nur nach politischem Auftrag. Auf die Beratung zu TOP 6, die sich anschließen wird, wird verwiesen.

Herr Andreas Hausmann kritisiert, bezogen auf den vorherigen Redebeitrag, dass die Knopfampel keine verkehrsregulierende Funktion haben dürfe. Sie sei nur bei Geschwindigkeitsüberschreitungen auf Rot gesprungen, die jetzige Situation gebe den „Verkehrssündern“ Recht.

Im Wesentlichen äußert sich Herr Hausmann zur Vorlage zu TOP 6, das heißt den Ergebnissen der Überprüfung von Maßnahmen zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs Brauner Hirsch/Dorfstraße. Die Studie habe methodische Fehler. So seien die Anwohner des Ahrensburger Redders nicht berücksichtigt, obwohl diese auch Teil Ahrensfeldes seien. Daher fragt er, wie der Ahrensburger Redder/Ahrensburger Kamp profitieren werde.

Außerdem kritisiert er die Routenbetrachtungen. So fehle z. B. als Alternative die Berücksichtigung einer Route für Rahlstedt. Außerdem könnten Tonnagebeschränkungen ausgewiesen werden. Daher fragt er nach, für wie viel Tonnage der Braune Hirsch ausgelegt sei.

Die Verwaltung entgegnet, dass der Brauner Hirsch als überörtliche Straße für alle zugelassenen Pkw und Lkw befahrbar sei. Außerdem regt Herr Hausmann an zu prüfen, ob Navigationsgeräte so justiert werden können, dass der Schwerlastverkehr nicht mehr über diese Strecke geführt werde. Zudem könnte aus seiner Sicht die Geschwindigkeitsmessaanlage für Tempo 30 im Ahrensburger Kamp abgebaut werden. Sie laufe nicht. Hierauf wird entgegnet, dass dann vermutlich die Geschwindigkeit eingehalten werde, dieses werde geprüft.

Nachgefragt wird auch, ob eine Markierung in der Dorfstraße angedacht werde. Wie werde der Vermeidung des Pendlerverkehrs entsprochen? Wie wird die Dorfstraße für Radfahrer sicherer? Als **Anlage 2** liegen ferner die Fragen Herrn **Peter Körners**, 1. Vorsitzender des Vereins „Dorfgemeinschaft Ahrensfelde e. V.“, dem Protokoll bei. Hierauf wird bei TOP 6 näher eingegangen.

Die Verwaltung erklärt, dass es Auftrag der Studie gewesen sei, den Kfz-Verkehr im Gebiet Dorfstraße/Ostring zu verringern. Daher sei dies das Hauptaugenmerk der Verkehrsstudie.

Herr Julian Falk macht auf die Dringlichkeit eines Gehweges in Wulfsdorf für mobilitätseingeschränkte Personen aufmerksam. Er wünscht sich eine Ampel auf Höhe der Feuerwehr sowie eine neue Asphaltierung des Bornkampsweges.

Herr Jürgen Siemers äußert im Hinblick auf die Verlagerung des familia-Marktes vom Kornkamp in das B-Plan-Gebiet 88 a seine Befürchtung, dass dies zu deutlich mehr Verkehr aus Hamburg führen werde. Die Verwaltung berichtet, dass dieses im Rahmen der Bauleitplanung geprüft wurde. Ein Gutachten habe belegt, dass das Fachmarktzentrum bzw. die Verlagerung des familia-Marktes maximal eine Umverteilung von 10 % nach sich ziehe.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Zu den vier Anträgen TOP 9.1, 9.2 und 9.4 der Fraktion DIE LINKE. (Unterpunkte zu TOP 9/„Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2020/2021“) weist die Verwaltung darauf hin, dass die ursprünglichen Anträge AN/058/2019 bis AN/061/2019 angepasst wurden und daher neue Antragsnummern vergeben wurden. Der Ausschuss kommt überein, dass hierüber ungeachtet der in der Einladung angegebenen Antragsnummer heute beraten wird, da

- es sich nur um geringfügige Änderungen handelt (in der Regel geänderte Formulierung statt eines Antrages nun z. B. „Prüfauftrag an die Verwaltung“ und
- zu TOP 9.2 bis 9.4 Einwohner/innen aus dem Stadtteil Wulfsdorf anwesend sind. Wie bereits am 06.11.2019, als die kurzfristig eingereichten Anträge (vom 04.11.2019) aus zeitlichen Gründen nicht behandelt werden konnten.

Ferner wird darum gebeten, zu TOP 6 „Ergebnisse der Überprüfung von Maßnahmen zur Reduzierung des Durchgangverkehrs Brauner Hirsch/Dorfstraße“ die Herren Großmann und Drangusch vom **Büro SBI** als Sachkundige sowie **Herrn Peter Körner** aus dem Ortsteil Ahrensfelde in seiner Eigenschaft als 1. Vorsitzenden der Dorfgemeinschaft Ahrensfelde e. V. und zu TOP 9.2 bis 9.4 **Frau Lampe** aus dem Ortsteil Wulfsdorf als sachkundige/n Bürger/in zu hören.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Ferner teilt die Verwaltung mit, dass heute keine Einzelbauvorhaben zur Vorstellung anstehen. Der nicht öffentliche Teil könnte somit entfallen.

Ohne Aussprache wird daher über die Tagesordnung in Form der Einladung vom 07.11.2019 abgestimmt. Bei den Anträgen zu TOP 9.1. bis 9.4 sind jeweils die aktuellen Fassungen zugrunde zu legen. Der nicht öffentliche Teil entfällt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Anmerkung der Verwaltung:

Die aktuellen Anträge werden diesem Protokoll als Anlagen bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten beigelegt.

5. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

5.1. Berichte gem. § 45 c GO

— keine —

5.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

5.2.1. Sitzungstermine 2020

Die Verwaltung teilt mit, dass die Sitzungstermine für den BPA im Jahr 2020 festgelegt wurden. Sie wurden dem Peter-Rantzau-Haus übermittelt.

Der BPA tagt bei Bedarf regelmäßig am 1. und 3. Mittwoch außerhalb der Schulferien Schleswig-Holsteins; demnach sind für das Jahr 2020 vorerst folgende Termine vorzumerken:

15.01.2020
05.02.2020
19.02.2020
04.03.2020
18.03.2020
01.04.2020
06.05.2020
20.05.2020
03.06.2020
17.06.2020
19.08.2020
02.09.2020
16.09.2020
21.10.2020
04.11.2020
18.11.2020
02.12.2020
16.12.2020 (ab 18:00 Uhr)

Die Osterferien 2020 datieren vom 30.03. – 17.04.2020, sodass der Termin 01.04.2020 am Beginn dieser Ferien liegt. Der Termin wurde angesichts des ansonsten langen Beratungsabstands vorsorglich dennoch aufgenommen. Es wird um Prüfung gebeten, ob der Termin bestehen bleiben soll.

5.2.2. Bearbeitungsstand E-Ladestationen in Ahrensburg

Die Verwaltung hat im Hinblick auf den Ausbau der Elektromobilität im PKW-Verkehr für den BPA eine Übersicht der in Ahrensburg bereits bestehenden und geplanten E-Ladestationen zusammengestellt. Die Situation der durch die Stadtwerke Ahrensburg (SWA) betriebenen E-Ladestationen stellt sich wie folgt dar:

Nr.	Standort	Anzahl Säulen	Anzahl Ladeplätze	Bearbeitungsstand Sondernutzung	In Betrieb
1	Kleiner Parkplatz am Rathaus	1	2	SN - Erlaubnis erteilt	Ja
2	Rathausparkplatz	1	2	SN - Erlaubnis erteilt	Ja
3	U-Bahnhof Ost	1	2	SN - Erlaubnis erteilt	Ja
4	Große Straße 26	1	2	SN - Erlaubnis erteilt	Ja
5	Am Alten Markt	1	2	SN - Erlaubnis erteilt	Ja
6	Reeshoop (Parkplatz badlantic)	1	2	SN - Erlaubnis erteilt	Nein
7	Lübecker Straße (Parkplatz Schloss)	1	2	SN - Erlaubnis erteilt	Nein
8	U-Bahnhof West	1	2	SN - Erlaubnis erteilt	Nein
9	Erlenhof/Quartiersplatz (Parkplatz REWE)	2	4	Fläche gehört noch nicht der Stadt Ahrensburg; bei Übernahme der Fläche durch die Stadt wird die E-Ladestation mit übernommen. Standorte sind bereits mit der Stadt abgeklärt	Nein
10	B-Plangebiet 88b/ Beimoor-Süd	1	2	SN- Antrag gestellt	Nein
11	Hagener Allee 15 (neben der Eisdiele)	1	2	SN- Antrag wird gestellt	Nein
12	Große Straße/ Ecke Woldenhorn	1	2	SN- Antrag wird gestellt	Nein
13	Ladestraße/Hagener Allee	1	2	SN- Antrag wird gestellt	Nein
14	Rathausstraße/Ecke Rathausplatz (Schuhstübchen)	1	2	SN- Antrag wird gestellt	Nein
15	An der Reitbahn/Ecke Stormarnstraße (gegenüber der Polizei)	1	2	SN- Antrag wird gestellt	Nein
16	Hamburger Straße 35 (Parkbucht)	1	2	SN- Antrag wird gestellt	Nein

Somit sind an fünf Standorten bisher zehn Ladestationen angeschlossen und in Betrieb. Für drei weitere Standorten wurde eine Sondernutzungserlaubnis erteilt. Beim Standort Erlenhof/Quartiersplatz sind die Standorte der zwei Ladesäulen zwischen der Stadtverwaltung, der LEG und SWA geklärt. Die SWA benötigen noch die Genehmigung des jetzigen Eigentümers. Bei Übernahme der Fläche von der Stadt Ahrensburg werden die E-Ladestationen mit übernommen.

Für sieben weitere E-Ladestationen im Stadtgebiet werden in naher Zukunft Anträge von den Stadtwerken gestellt. Nach Eingang der Anträge wird in Zusammenarbeit mit den Fachdiensten Verkehrsaufsicht und Straßenwesen geprüft, ob an diesen Standorten eine Umsetzung des Antrags erfolgen kann.

6. Ergebnisse der Überprüfung von Maßnahmen zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs Brauner Hirsch/Dorfstraße (AN/006/2019)

Die Herren Drangusch und Großmann/Büro SBI stellen anhand einer Präsentation (**siehe Anlage**), die vielfach auch in der der Vorlage als Anlage beigefügten Studie enthalten ist, die Ergebnisse zur Überprüfung von Maßnahmen zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs Brauner Hirsch/Dorfstraße vor. Auslöser des Auftrags zur Studie an SBI war Antrag AN/006/2019 von Bündnis 90/Die Grünen vom 06.02.2019 auf dem Hintergrund der Studie zur Realisierungsabschätzung zur Südumfahrung. Die Verwaltung erinnert an die Ende der 1990er Jahre durchgeführte Zukunftswerkstatt zur Beruhigung der Straßen im Hagen, danach wurde der Braune Hirsch ausgebaut, dies mit Fördermitteln nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG). Der Braune Hirsch/die Dorfstraße dienen nicht nur der Versorgung/Erreichbarkeit der Wohngebiete, sondern auch dem Busverkehr, den Rettungsfahrzeugen etc. als Verkehrsweg.

Seit dem Ausbau des Braunen Hirsch ist eine höhere Verkehrsbelastung zu beobachten, 2018 waren von rund 7.700 Kfz pro Tag rund 4.900 Kfz Durchgangsverkehr. Die Zahlen wurden analysiert. Die möglichen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen sind ab Seite 14 der Studie dargestellt, ab Seite 9 der Präsentation bewertet.

In die Beratung einbezogen werden auch die Fragen der 1. Vorsitzenden der Bürgergemeinschaft Am Hagen, siehe Anlage 1 zu TOP 3/ Einwohnerfragestunde, insbesondere die Frage zum Kreisverkehr Dänenweg/Brauner Hirsch. Zielführend und realisierbar zur Verkehrsberuhigung erscheinen laut SBI am ehesten Geschwindigkeitsanzeigen. Der Einbau von Schwellen ist im Vorbehaltsnetz nicht erlaubt. Auch für die Einführung eines Tempolimits von 30 km/h (siehe Seite 15 der Studie) sind die Voraussetzungen nicht gegeben. Dem steht § 45 Abs. 9 StVO entgegen.

Gegen den Bau von Mittelinseln spricht laut SBI die geringe Querungszahl von Fußgängern. Hier verweist Herr Körner auf die Verkehrsgefährdung für Schulkinder mit der Folge, dass die Eltern ihre Kinder per Auto z. B. zum Schulbus oder zum Ziel befördern. SBI spricht sich dennoch nicht gegen den Bau von Mittelinseln generell aus. Die Verwaltung erklärt, dass zumindest die Querung deutlich hervorgehoben werden müsste. Die **Handlungsempfehlungen** sind ab Seite 25 der Studie bzw. Seite 11 der Präsentation dargestellt. Im Ergebnis sind zur Verkehrsberuhigung im Sinne einer Geschwindigkeitsreduzierung neben den Geschwindigkeitsanzeigen und dem Einbau von Mittelinseln der Einbau von Engstellen sowie eventuell weiteren Kreisverkehren geeignet und rechtlich auch umsetzbar. Der Einbau einer Mittelinsel wird für die Dorfstraße Höhe Bushaltestelle Teichstraße als kurzfristig möglich angesehen. Die baulichen Maßnahmen sollten durch regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen ergänzt werden.

Daneben wird von den Anwesenden darum gebeten, den Umbau des Kreisverkehrs am Dänenweg zu prüfen. Ein Ausschussmitglied ergänzt, dass nur gebaut werden solle, was auch wirke. Tempolimits sollten angeordnet werden, wo eine bessere Übersicht notwendig ist, z. B. an der Kreuzung Brauner Hirsch/Ginsterweg/Pionierweg Richtung Kita. Angeregt wird auch ein Umbau der Dorfstraße, da diese recht breit sei. Hierauf wird entgegnet, dass auf die Belange des landwirtschaftlichen Verkehrs und die dafür erforderliche Breite Rücksicht zu nehmen ist. Andere Ausschussmitglieder regen den Bau von Engstellen an, weisen jedoch darauf hin, dass diese unter dem Aspekt des Klimaschutzes kritisch zu sehen sind.

Einig sind sich die Anwesenden darüber, dass die Strecke als Durchgangsverkehr zur A1 unattraktiver werden soll. Der Beschlussvorschlag wird konkretisiert und um eine Ziffer 4 ergänzt. Der Vorsitzende verliest den **geänderten Beschlussvorschlag**, der wie folgt lautet:

1. Im Bereich der Ortseingänge werden jeweils an den Einfahrten Geschwindigkeitsanzeiger aufgestellt.
2. Zur besseren Querung der Dorfstraße wird eine Mittelinsel/Kreisverkehr im Bereich Bushaltestelle/Teichstraße geprüft.
3. Die Verwaltung wird mit der Prüfung eines Einbaus zusätzlicher Engstellen im Zuge der Ortsdurchfahrten sowie eines Umbaus der vorfahrtgeregelten Einmündungen (Kreisverkehr) Dorfstraße/ Teichstraße, Brauner Hirsch/Am Kratt und Brauner Hirsch/Pionierweg beauftragt.
4. Zusätzlich wird eine intensive Prüfung des Kreisverkehrs Dänenweg/ Brauner Hirsch zugesagt.

Über diesen geänderten Beschlussvorschlag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

7. **B-Plan Nr. 104 Stormarnstraße - Aufstellungsbeschluss und Veränderungssperre**

Ein Stadtverordneter bittet, in den Geltungsbereich des B-Plans Nr. 104 den Bahnhofsvorplatz mit einzubeziehen. Die Verwaltung weist darauf hin, dass das B-Plangebiet an den Bereich der Deutschen Bundesbahn anschließt, das Bahngelände dürfe bauleitplanerisch nicht erfasst werden.

Ein weiteres Ausschussmitglied wünscht, die Prioritäten in Teil 1 des Beschlussvorschlages zu ändern, dies wie folgt:

„Für das Gebiet Stormarnstraße zwischen Bahnhofstraße und Hamburger Straße wird ein Bebauungsplan (B-Plan) aufgestellt.

Es werden folgende Planungsziele verfolgt:

- Neuordnung des Bahnhofsumfeldes
- Umsetzung der Sanierungsziele des Innenstadtkonzeptes
- Schaffung von innenstadtnahem Wohnraum durch Nachverdichtung

Der Vorsitzende weist in Abstimmung mit der Verwaltung darauf hin, dass die Reihenfolge keine Prioritätensetzung darstelle. Alle drei Themen seien gleichrangig. Der Antrag wird daher nicht weiter verfolgt.

Eine Präsentation und ein Sachvortrag der Verwaltung werden nicht gewünscht.

Der Vorsitzende verliest den **Beschlussvorschlag**, der wie folgt lautet:

- „1. Für das Gebiet Stormarnstraße zwischen Bahnhofstraße und Hamburger Straße wird ein Bebauungsplan (B-Plan) aufgestellt.
Es werden folgende Planungsziele verfolgt:
 - Schaffung von innenstadtnahem Wohnraum durch Nachverdichtung
 - Neuordnung des Bahnhofsumfeldes
 - Umsetzung der Sanierungsziele des Innenstadtkonzeptes
2. Zur Sicherung der Planung für den künftigen Planbereich wird eine Veränderungssperre gemäß § 14 BauGB mit dem Inhalt beschlossen, dass
 - Vorhaben im Sinne der § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden dürfen
 - erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden dürfen.
3. Der Aufstellungsbeschluss und der Beschluss über die Veränderungssperre sind ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).“

Abstimmungsergebnis: 12 dafür

Anmerkung der Verwaltung:

Ein Ausschussmitglied war während der Abstimmung nicht anwesend.

8. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts 2020/2021

Dem Beschlussvorschlag

„Die Vorschläge über Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen der Verwaltung bzw. des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume und Integration werden zur Kenntnis genommen.“

wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 12 dafür

Anmerkung der Verwaltung:

- 1. Ein Ausschussmitglied war während der Abstimmung nicht anwesend.*
- 2. Es gibt geringen Korrektur-/Änderungsbedarf zur Anlage der Vorlage (z. B. zur Zuständigkeit Fachausschuss, teilweise Ergänzung der Kurzstellungnahme), der direkt dem Fachdienst I.1 als Verfasser der Vorlage übermittelt wird.*

9. Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2020/2021

Seitens der Verwaltung wird an die in der vergangenen Sitzung des BPA - 1. Lesung - geäußerten Ergänzungen erinnert:

- **PSK 54100.0900001 – Projekt-Nr. 206: Haushaltsjahr 2020;** Mehrkosten für den Ausbau des **Bredenbekweg** in Höhe von 75 TEUR (**neu: 650 TEUR**), da bei einer Neuanalyse des Asphalts erhöhte PAK-Werte (Pech) gefunden wurden,
- **PSK 52100.0100000: Haushaltsjahr 2021** - einmalig **16.000 €**; nach zahlreichen Updates ist nunmehr eine grundlegende Erneuerung des Programms **ProBAUG** der Firma PROSOZ, das seit ca. 1997 eingesetzt wird, notwendig. Mit diesem Programm werden bis heute alle bauaufsichtlichen Verfahren der unteren Bauaufsicht abgewickelt, es wird von allen Bauaufsichten in Schleswig-Holstein genutzt.

Ferner erinnert die Verwaltung an die durch die DB geplante Erneuerung der Aufzüge im Bahnhof Ahrensburg, vgl. TOP 6.2.4 des BPA-Protokolls vom 06.11.2019. Es ist der Austausch der Aufzugstechnik und der elektrotechnischen Zuführung beabsichtigt. Nach der Vertragslage ist einer der vier im Bahnhof liegenden Aufzüge der Stadt Ahrensburg zuzuordnen (Ladestraße). Als auf die Stadt entfallender Anteil wurden von der DB Station & Service AG für die **Jahre 2020 bis 2023 = 360.000 € netto** kalkuliert, die sich wie folgt verteilen: **2020: 10.000 €, 2021: 160.000 €, 2022: 180.000 € und 2023: 10.000 €, in Summe 360.000 € netto. Als Planungskostenanteil wird somit bereits 2020 ein erster Anteil von 12.000 € (Bruttobetrag) erforderlich, der Anteil der Folgejahre wäre als Verpflichtungsermächtigung abzusichern.** Ungeachtet der berechtigten kritischen Nachfrage zur Höhe dieses städtischen Anteils wird darum gebeten, die Kosten bereitzustellen; die Verwaltung wird die Höhe hinterfragen, sollte aber in die Lage versetzt werden, entsprechende Planungen nicht zu verzögern.

Auf Basis der Anlage 3 der Vorlage/Mittelanmeldungen Haushaltsplan 2020/2021 - Bau- und Planungsausschuss, Seiten 2 bis 22 - erfolgt anschließend die Beratung des Haushalts. Hierzu werden Verständnisfragen gestellt. Die Verwaltung wird gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten/zur klären:

- **PSK 51100.5431010, Höhe der speziellen Geschäftsaufwendungen** im Produkt Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Haushaltsjahr **2020: 360 TEUR**, 2021: 300 TEUR, wie erklärt sich die Differenz? Es wird mitgeteilt, dass 2020 aus diesem PSK auch der Wettbewerb zum Neubau des badlantic beglichen werden soll.
- **PSK 54100.0700000:** Für wie viele **Geschwindigkeitsmessenanlagen** reicht der Haushaltsansatz (HS) 2020 in Höhe von 25.000 €? Die Verwaltung teilt mit, dass im September 2019 auf dem Hintergrund des beschlossenen Antrages AN/049/2019 eine Nachmeldung erfolgt sei.

Die Kosten für den Kauf einer Anlage belaufen sich auf rd. 5.500 €, incl. Aufbau und Fundament rd. 7.500 €. Somit können drei Geschwindigkeitsmessenanlagen neu beschafft und aufgestellt werden. Wird eine Anlage nur umgestellt, belastet dies den Ergebnishaushalt.

- **PSK 54100.0900001/Projekt-Nr. 239 – Ausbau Waldemar-Bonsels-Weg:** Von mehreren Seiten wird der nun auf das Haushaltsjahr 2022 verschobene Ausbau angesprochen und nachgefragt, ob diese Umsetzung zugesichert werden könne. Die Verwaltung erklärt, dass für die Verschiebung, wie in der Anlage zur Vorlage dargelegt, die für das Jahr 2020 beabsichtigte Umsetzung der Maßnahme „Umbau Knotenpunkt Wulfsdorfer Weg/Rudolf-Kinau-Straße/„Katzenbuckel“ - siehe Projekt-Nr. 253 - ursächlich ist. Wenn diese 2020 abgeschlossen werden könne, solle sich 2021 der Ausbau des Waldemar-Bonsels-Weges anschließen.
- **PSK 54100.0900001/Projekt-Nr. 240 – LSA Alter Markt:** Warum erfolgt die Realisierung erst 2021? Die Verwaltung erklärt, dass sich grundsätzlich ein Jahr Abstand zwischen dem Planungs- und Umsetzungszeitraum bewährt habe.
- Auf eine Nachfrage zum **Strom**versorger der Stadt wird mitgeteilt, dass dieses nicht grundsätzlich die Stadtwerke Ahrensburg seien. Der Stromversorger sei im Rahmen von öffentlichen Ausschreibungen zu ermitteln.
- **PSK 54100.0900002/Projekt-Nr. 801: Neubeschaffung Verkehrsrechner,** Haushaltsjahr 2022 400 TEUR, 2024: 300 TEUR; bereits in der vergangenen Sitzung wurde erläutert, dass die Verschiebung erforderlich wird wegen der Sanierung des Rathauses (Standort des Verkehrsrechners: im Keller des Rathauses). Daher wird dieses Thema heute von verschiedenen Seiten angesprochen und z. B. nachgefragt, ob ein anderer Standort vorstellbar sei oder angeregt über Leasingmöglichkeiten, Kauf, Miete, etc. nachzudenken. Ein weiteres Ausschussmitglied verweist auf die Haushaltsberatungen zum Stellenplan, nachdem eine neue Stelle geschaffen werden soll, diese/r Mitarbeiter/in auch in die Planungen zur Neubeschaffung des Verkehrsrechners einbezogen werden soll und zuvor politische Entscheidungen der Gremien erforderlich seien (Stichworte: Parkplatzsuchverkehr, Parkraumkonzept, u. ä.). Die Verwaltung bestätigt die Notwendigkeit der Stelle und erklärt ferner, dass die Verkehrsplanung bisher als Teilaufgabe in einem anderen Fachdienst angesiedelt gewesen sei. Die Frage zu möglichen Finanzierungsoptionen sei derzeit verfrüht.
- **Produkt 54500.4311000/Straßenreinigung:** Auf Nachfrage wird bestätigt, dass die Aktualisierung der Straßenreinigungssatzungsgebühren und der damit einhergehenden Bedarfskalkulation aufgrund personeller Engpässe/Veränderungen bisher noch nicht abgeschlossen werden konnte.

Anmerkung der Verwaltung:

U. a. dieses ist derzeit Aufgabe des Kostenrechners, der seit dem 15.08.2019 bis voraussichtlich 31.12.2020 nunmehr der Bauverwaltung zugeordnet ist. Er soll in Koordination mit der Fachdienstleitung für die letzten drei abgeschlossenen Jahre Gebühreennachberechnungen und für einen Zeitraum von rund zwei Jahren eine Bedarfskalkulation erstellen und bei der Neufassung des Satzungsrechts mitwirken.

- **PSK 54600.2023000/Stellplatzrücklage:** Auf Nachfrage wird klargestellt, dass die Einzahlung zur Stellplatzrücklage 2017 (siehe Rechnungsergebnis) erfolgte, diese Rücklage sei nunmehr Teil der Bilanz (nicht mehr des Haushalts). Wie in der Begründung dargelegt, werde eine Umbuchung in die Allgemeine Rücklage erfolgen, wenn eine zweckentsprechende Verwendung der Mittel erfolgt sei. Die Auflösung ist nicht neu zu veranschlagen.

Weitere Verständnisfragen werden nicht gestellt.

Eine Beschlussfassung erfolgt nicht.

9.1. Antrag zum Thema Konzept tariffreier und umlagenfinanzierter Busverkehr Fraktion Die Linke (AN/066/2019)

Das Ausschussmitglied der Fraktion DIE LINKE. erläutert den Antrag AN/066/2019 vom 19.11.2019 (ursprünglich AN/058/2019 vom 04.11.2019). Auf dem Hintergrund einer ersten Stellungnahme der Verwaltung vom 18.11.2019 sei er hinsichtlich einer Umsetzung nicht sehr optimistisch. Mehrere andere Ausschussmitglieder erklären, diese erste Stellungnahme der Verwaltung nicht erhalten zu haben.

Um eine bessere Einordnung des Antrages vornehmen zu können, hat sich die Verwaltung im Vorwege an die HVV GmbH gewandt. Sowohl die Anfrage als auch die Stellungnahme der HVV werden nachstehend auszugsweise wiedergegeben.

„Anfrage:

Das geforderte Konzept ist mir derzeit noch nicht verständlich. Unter einem umlagenfinanzierten Busverkehr dürfte aber wohl gemeint sein, dass die allgemeinen Steuereinnahmen der Stadt Ahrensburg verwendet werden sollen, um einen kostenlosen Busverkehr zu gewährleisten. Unklar ist aber darüber hinaus, ob es sich um einen kostenlosen Busverkehr handelt im Sinne der Aktion an den Advents-/ Dezembersonnabenden einschließlich Heiligabend, Silvester und Neujahr. Hier wurde bisher der Einnahmenausfall, den der HVV-Bereich Tarif/Vertrieb ermittelte, gegenüber dem Busunternehmen VHH ausgeglichen. Ähnlich könnte man m. E. verfahren an den Markttagen. Die Tariffreiheit des gesamten Busverkehrs im Ahrensburger Stadtgebiet oder für bestimmte Gruppen dürfte hingegen mit einem erhöhten Verwaltungsaufwand verbunden sein, zumal hiervon sicherlich nur die Bevölkerung mit dem Wohnsitz in Ahrensburg profitieren dürfte/sollte. Ist eine derartige Regelung ohne Fahrausweis überhaupt möglich?

Stellungnahme:

1. *Grundsätzlich ist es möglich, den ÖPNV in Ahrensburg kostenlos anzubieten. Über den Tarif müssen allerdings alle Fahrgäste gleichbehandelt werden. Eine tarifliche Abgrenzung auf Bürger, die in Ahrensburg ihren Wohnsitz haben, ist nicht genehmigungsfähig. Sollten Sie generell Freifahrt bieten wollen, müsste die Stadt Ahrensburg in der Tat aus dem HVV austreten, denn die Linien wären dann ja nicht mehr HVV-tarifiziert.*
2. *Die Stadt Ahrensburg könnte allen Einwohnern in Ahrensburg eine Fahrkarte zur Verfügung stellen und entsprechend finanzieren. Die Kosten sind nur vage zu schätzen, weil sie vom tatsächlichen Verhalten der Bürger abhängen. Unter der Annahme, dass alle Schüler und 25 % der Erwachsenen Fahrkarten beziehen, ergibt sich eine finanzielle Belastung für die Stadt Ahrensburg in Höhe von 6,7 Mio. €.*

Die Kosten setzen sich zusammen aus Kosten für die Freifahrt von Jugendlichen bis 18 Jahre in Höhe von 2,1 Mio. € (E-Mail vom 13.08.2019) und 4,6 Mio. € Kosten für die Altersgruppe ab 19 Jahre. Bei der Personengruppe 19 Jahre und älter wurde eine HVV-Nutzungsquote von 25 % (= 6.800 Personen) angesetzt und als zu bemessene Fahrkarte eine 2-Zonen-Vollzeit-AboKarte zum Preis von 55,90 €.

3. *Es bleibt hierbei auch anzumerken, dass ein Großteil Fahrradfahrer und Fußgänger in den Ahrensburger ÖPNV wechseln würde. Zudem müsste eine Anpassung des Busangebotes erfolgen.“*

Das Ausschussmitglied erklärt, dass der Antrag zum Teil wohl missverstanden worden sei. Absicht des Antrages sei, in eine Prüfung einzutreten und Gespräche mit dem Vorhabenträger aufzunehmen. Im Hinblick auf das Ziel einer autofreieren Stadt seien Anreize für eine höhere Nutzung des ÖPNV wichtig. Ein Ausschussmitglied erklärt, dass es seines Erachtens in früheren Legislaturperioden bereits entsprechende Überlegungen gegeben habe, die ergebnislos verliefen. Nachgefragt wird auch, was „tariffrei“ und „umlagenfinanziert“ bedeuten solle, wer bezahle den sog. „tariffreien Busverkehr“?

Mehrere Mitglieder des Ausschusses haben zudem Probleme dem Antrag zuzustimmen, da in Absatz 3 des Antrages für 2020/2021 „entsprechende Haushaltsmittel für die Prüfung und Erstellung eines Konzeptes“ bereitgestellt werden sollen. Hierzu erklärt der Antragsteller, dass die Verwaltung erklärt habe, den Antrag selbst weiterzuverfolgen. Zusätzliche Haushaltsmittel werden somit nicht benötigt.

Der Vorsitzende beantragt, die Beratung heute abubrechen und eine Beschlussfassung in das kommende Jahr zu vertagen. Die Verwaltung erhalte dadurch auch Gelegenheit zur vertieften Prüfung.

Über den Antrag auf Vertagung wird abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **10 dafür**
 1 dagegen (Linke)
 1 Enthaltung

Im kommenden Jahr könne eine Beschlussfassung - ohne Mittelbereitstellung (somit Entfall des Absatzes 3) - erfolgen.

9.2. Änderungsantrag zu AN/059/2019 Fraktion Die Linke (AN/064/2019)

Das Ausschussmitglied der Fraktion DIE LINKE. erläutert den geänderten Antrag vom 11.11.2019. Gegenüber dem 1. Antrag AN/059/2019 vom 04.11.2019 wurde der Antrag im 2. Spiegelstrich in einen Prüfauftrag umformuliert. Die Beratung erfolgt auf Basis des aktuellen Antrages AN/064/2019. Es wird erklärt, mit dem Fachdienst Straßenwesen im Vorwege mögliche Veränderungen erörtert zu haben.

Ausführlich und ergänzend zum Wortbeitrag in der Einwohnerfragestunde durch Herrn Falk schildert **Frau Lampe** aus dem Ortsteil Wulfsdorf die Verkehrssituation im Bornkampsweg, die für Menschen mit Handicap (Rollstuhl oder kognitive Einschränkungen) zu gefährlichen Situationen führt. Die im Bornkampsweg geltende Geschwindigkeitsbegrenzung werde vielfach nicht eingehalten. 36 Personen mit Einschränkungen leben in den Wohngebieten „Allmende“ und „Wilde Rosen“, haben vielfach eine rechtliche Betreuung, arbeiten dort in den Jülich-Werkstätten, fahren nicht Auto und können nicht unbegleitet nach Ahrensburg gelangen.

Ein Ausschussmitglied verweist auf eine Begehung des Behindertenbeirates vom 05.06.2019. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde deutlich, dass der Bornkampsweg baulich verändert werden sollte. Das Ausschussmitglied der Fraktion DIE LINKE. erklärt, dass es von der Begehung keine Kenntnis hatte.

Anmerkung der Verwaltung:

*Das **Protokoll des Behindertenbeirates** der Begehung vom 05.06.2019 liegt diesem Protokoll als **Anlage** bei.*

Die Verwaltung erklärt - siehe auch TOP 3/ Einwohnerfragestunde, BPA-Protokoll 06.11.2019 -, dass eine Verbesserung im Bornkampsweg unter dem Aspekt der noch ausstehenden Festlegung von Radschnellwegen derzeit nur temporär erfolgen könne. Die Kosten könnten sich auf voraussichtlich rd. 100 TEUR belaufen. Durch die Verwaltung wird ferner an die Stadtverordneten appelliert, zukünftig bei vergleichbaren Ansiedlungen darauf zu achten, dass der Vorhabenträger auch die Kosten vorhersehbarer Maßnahmen für derartige Veränderungen (Querung einer Straße/Weg, Gehweg) trägt.

Weitere Ausschussmitglieder erklären ebenfalls, derzeit nur temporäre bauliche Veränderungen unterstützen zu können. Nach ausführlicher Erörterung wird der Antrag AN/064/2019 wie folgt umformuliert:

„Der Bornkampsweg wird inklusionsgerecht umgebaut.“

Hierzu werden folgende Maßnahmen getroffen:

- Temporäre Asphaltierung oder Pflasterung des einseitigen Fußgängerweges, in rollstuhlgerechter Breite, zwischen Freiwilliger Feuerwehr Wulfsdorf und Gut Wulfsdorf
- Es werden verkehrsrechtlich geprüft:
Aufstellung von zwei temporären Fußgängerampeln (Zebrastreifen o. ä.), davon eine bei der FF Wulfsdorf, eine weitere beim Gut Wulfsdorf
(Alternativ: Ampel-Überweg)

Die entsprechenden Haushaltsmittel sind bei PSK 54100.5221000 - bauliche Unterhaltung für Gemeindestraßen - vorhanden.“

Über diesen Antrag wird abgestimmt. Die Verwaltung erklärt zudem, das Prüfergebnis der möglichen baulichen Veränderungen vor Beginn von Umbaumaßnahmen im Bornkampsweg im BPA vorzustellen und das Einverständnis des BPA einzuholen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Frau Lampe und das Ausschussmitglied der Fraktion DIE LINKE. bedanken sich beim BPA für dessen Unterstützung.

Anmerkung der Verwaltung:

Bei PSK 54100.5221000 sind für das Haushaltsjahr 2020 = 530 TEUR veranschlagt.

9.3. Antrag zum Busverkehr im Stadtteil Wulfsdorf am Wochenende Fraktion Die Linke

Der Antragsteller erläutert das Anliegen des Antrages. Von mehreren Ausschussmitgliedern wird erklärt, dass zur Abstimmung über diesen Antrag zunächst ermittelt werden müsste, welche finanzielle Mehrbelastung der Stadt Ahrensburg für einen Ausbau des Busverkehrs am Wochenende in Wulfsdorf entstehe.

Über den Antrag auf Vertagung wird abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

9.4. Änderungsantrag zu AN/061/2019 Fraktion Die Linke (AN/063/2019)

Das Ausschussmitglied der Fraktion DIE LINKE. erläutert den geänderten Antrag vom 11.11.2019. Gegenüber dem 1. Antrag AN/061/2019 vom 04.11.2019 wurde der Antrag in einen Prüfauftrag umformuliert. Die Beratung erfolgt auf Basis des aktuellen Antrages AN/063/2019.

Die Verwaltung erklärt, dass der Bornkampsweg zum Vorbehaltsnetz der Stadt Ahrensburg gehört und somit ein Teilnetz der städtischen Straßenverkehrsinfrastruktur zur Bündelung und leistungsfähigen Abwicklung des motorisierten Verkehrs ist. Die Festlegung der Fahrradstraßen sei zudem noch nicht abgeschlossen.

Das Ausschussmitglied der Fraktion DIE LINKE. **zieht** im Namen der Fraktion auf dem Hintergrund, dass die Festlegung der Radschnellwege noch nicht abgeschlossen ist, **AN/063/2019 zurück**.

10. Anfragen, Anregungen, Hinweise

AF/2019/018

10.1. Projekt "Neubau Badlantic" ergänzend zu den Anfragen AF/005/2019 und AF/013/2019

Die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage ist der Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

10.2. Sachstand Fahrradabstellanlage Ladestraße

Auf Nachfrage zum Sachstand des Neubaus der Fahrradabstellanlage Ladestraße informiert die Verwaltung, dass demnächst erneut die Ausschreibung erfolge.

10.3. Nachfrage zur Führung Radweg am Beimoorweg

Ein Ausschussmitglied weist darauf hin, dass der Fahrradweg am Beimoorweg hinter der Straße An der Strusbek schmaler werde und erkundigt sich nach dem Hintergrund.

Die Verwaltung informiert, dass diese Flächen nicht im Eigentum der Stadt, sondern des Landes Schleswig-Holstein stehen.

gez. Markus Kubczigk
Vorsitzender

gez. Angela Haase
Protokollführerin